

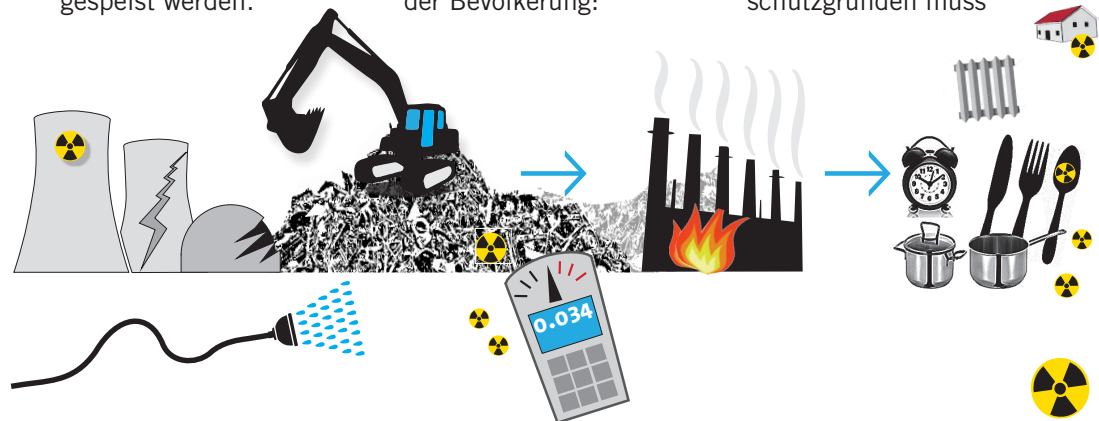
Ärzt/innen wenden sich gegen die Freigabe von radioaktivem Müll aus dem AKW-Abriss

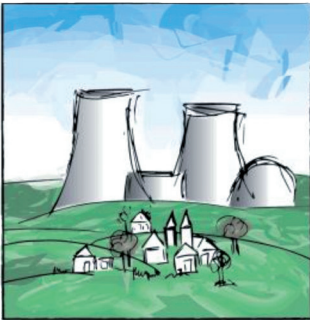
Wird strahlendes Metall aus abgerissenen AKWs irgendwann unkontrolliert in Heizkörpern, Kochtöpfen oder Autokarossern auftauchen? Politik und Atomindustrie haben festgelegt, dass gering radioaktiver Restmüll aus dem Abriss von Atomkraftwerken „freigemessen“ wird. „Freimessung“ bedeutet, dass gering radioaktives Material anhand willkürlich festgelegter Grenzwerte und hypothetischer Belastungsdosen für unbedenklich erklärt und aus der Aufsicht der Strahlenschutzbehörden entlassen wird.

Mit der Novellierung der Strahlenschutzverordnung durch die rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2001 wurde die Freigabe radioaktiver Abfälle unterhalb bestimmter Grenzwerte bundeseinheitlich geregelt und deutlich ausgeweitet. Der strahlende Abfall kann demnach ohne weitere Strahlenschutzkontrollen auf regulären Mülldeponien gelagert oder in die allgemeine Wiederverwertung eingespeist werden.

Der Deutsche Ärztetag 2017 hat sich mit großer Mehrheit hinter die Forderung der Ärzteorganisation IPPNW gestellt, dieser „Freigabe“ von gering radioaktivem Müll aus dem Abriss von Atomkraftwerken einen Riegel vorzuschieben. Die Delegierten des Ärztetags warnen vor der Verharmlosung möglicher Strahlenschäden und vor einer unnötigen und vermeidbaren zusätzlichen Strahlenbelastung der Bevölkerung:

„Als Ärzte weisen wir darauf hin, dass es keine Schwellenwerte für die Unbedenklichkeit von ionisierender Strahlung gibt und auch durch vermeintlich geringe Strahlenmengen gesundheitliche Schäden und Spätfolgen über Generationen entstehen können. In diesem Zusammenhang sind die gesundheitlichen Folgen einer Verteilung von AKW-Restmüll nicht ausreichend geklärt. Aus Strahlenschutzgründen muss





Grafik: :ausgestrahlt

Aus dem Beschluss des Deutschen Ärztetages

Die Delegierten des 120. Deutschen Ärztetages 2017 warnen vor der Verharmlosung möglicher Strahlenschäden durch die geplante Verteilung von gering radioaktivem Restmüll aus dem Abriss von Atomkraftwerken.

Durch die sogenannte „Freigabe“ gering radioaktiven Restmülls in die allgemeine Wiederverwertung und der Lagerung auf normalen Mülldeponien wird die Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten völlig unnötig und vermeidbar zusätzlichen Strahlenbelastungen ausgesetzt.

die belastete Menge so klein wie möglich gehalten und mit dem bestmöglichen technischen Stand sicher verwahrt werden, am besten auf dem Kraftwerksgelände.“

Der Deutsche Ärztetag 2017 fordert die Bundesregierung auf, sich zur Minimierung der gesundheitlichen Risiken für die Bevölkerung für eine Verwahrung des gering strahlenden Mülls auf den Kraftwerksgeländen einzusetzen.

Die Delegierten bezogen sich dabei auf ein Gutachten der IPPNW, welches vorschlägt, eine sichere Verwahrung von gering radioaktiven Abbrismaterialien an den Atomkraftwerksstandorten zu prüfen, statt diese un-

kontrolliert zu verbreiten. Aus dem Gutachten geht hervor, dass eine sichere Lagerung am Kraftwerksstandort die Bevölkerung effektiv vor unnötigen Strahlenbelastungen schützen würde.

Die IPPNW begrüßt den Beschluss des Bundesärztes und wird ihre Öffentlichkeitsarbeit zu dieser Thematik fortführen und den Druck auf die Politik aufrechterhalten. Radioaktiver Müll darf nicht durch die Hintertür der Freimessung aus dem Strahlenschutz entlassen werden.



120. Deutscher Ärztetag
Freiburg, 23.05. - 26.05.2017

Seite 7 von 2
Ib - 111

TOP Ib Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik
Allgemeine Aussprache

Titel: Keine Freigabe gering radioaktiven Atommülls

Entschießung

Auf Antrag von Dr. Robin T. Maitra, Dr. Joachim Suder und Dr. Delfe Lorenzen (Drucksache Ib - 111) fasst der 120. Deutsche Ärztetag 2017 folgende Entschießung:

Die Delegierten des 120. Deutschen Ärztetages 2017 warnen vor der Verharmlosung möglicher Strahlenschäden durch die geplante Verteilung von gering radioaktivem Restmüll aus dem Abriss von Atomkraftwerken (AKW).

Durch die sogenannte „Freigabe“ gering radioaktiven Restmülls in die allgemeine Wiederverwertung und der Lagerung auf normalen Mülldeponien wird die Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten völlig unnötig und vermeidbar zusätzlichen Strahlenbelastungen ausgesetzt.

Der 120. Deutsche Ärztetag 2017 fordert die Bundesregierung auf, sich zur Minimierung der gesundheitlichen Risiken für die Bevölkerung für eine Verwahrung auch des gering strahlenden Mülls auf den Kraftwerksgeländen einzusetzen.

Quelle: Protokoll des Bundesärztes 2017,
<http://ippnw.de/bit/aerztetag>



V.i.S.d.P.: Henrik Paulitz, Dr. med. Alex Rosen, Dr. med. Jörg Schmid
IPPNW – Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.
Körtestraße 10, 10967 Berlin, www.ippnw.de, kontakt@ippnw.de, 030/698074-0